

# Ohrfeige für Oettinger

Nach Ausfällen des EU-Kommissars: China reagiert mit Empörung und frostiger Atmosphäre bei Gabriel-Besuch.

Von André Scheer



EU-Kommissar Günther Oettinger beleidigte in einer Rede vor Unternehmern in Hamburg Chinesen, Frauen und Minderheiten

Von einem »verblüffenden Überlegenheitsgefühl« sprach die Vertreterin des chinesischen Außenministeriums in Beijing am Mittwoch, als sie von Journalisten auf die Äußerungen des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger angesprochen wurde, die am Wochenende bekanntgeworden waren. »Wir hoffen, dass sie lernen, sich selbst und andere objektiv zu betrachten und andere zu respektieren und als Gleichberechtigte zu behandeln«, wurde Hua Chunying von der Nachrichtenagentur AFP zitiert. Oettinger, der zwischen 2005 und 2010 Ministerpräsident von Baden-Württemberg war, hatte bei einem Vortrag vor Unternehmern in Hamburg von »Schlitzohren und Schlitzaugen« gesprochen. Die Chinesen sähen aus, als hätten sie »alle Haare von links nach rechts mit schwarzer Schuhcreme gekämmt«. Später spielte er seine Ausfälle als »saloppe Äußerungen« herunter.

Schon einmal ging ein deutscher Spitzenpolitiker mit solcherart saloppen Äußerungen in die Geschichte ein. »Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen«, verkündete am 27. Juli 1900 in Wilhelmshaven der deutsche Kaiser Wilhelm II. Vor Soldaten, die zur Niederschlagung des »Boxeraufstands« gegen die Kolonialherren nach China geschickt wurden, erklärte er: »Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, dass auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.« In den Geschichtsbüchern haben diese Worte als »Hunnenrede« Eingang gefunden – und die koloniale Unterdrückung durch europäische und japanische Besatzer ist in China bis heute unvergessen.

Auch deshalb reagierte man in Beijing gereizt auf die Provokation der deutschen Bundesregierung, unmittelbar vor einem Besuch von

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in der Volksrepublik den handelspolitischen Kurs gegenüber der Volksrepublik zu verschärfen – zumal die Gleichzeitigkeit mit Oettingers Ausfällen nicht unbedingt als Zufall verstanden wurde. Der schwergewichtige Staatsgast wurde von den Gastgebern als Leichtgewicht behandelt. In den chinesischen Medien fand der Besuch kaum Niederschlag. So verbreitete die deutschsprachige Internetseite der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* am Mittwoch die Meldung, Peng Liyuan, die Ehefrau des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, habe in Beijing deutsche Oberstufenschüler und Lehrer getroffen. Der Besuch Gabriels fand dagegen auf den vorderen Plätzen nicht statt.

Die deutschsprachige Internetausgabe des Zentralorgans der KP Chinas, *People's Daily*, veröffentlichte bereits am Dienstag einen Kommentar zu Gabriels Besuch: »Es fällt nicht leicht, Gabriels Beschwer-

den über China zu verstehen. Laut Daten der chinesischen Botschaft in Deutschland gibt es nicht weniger als 8.200 in China tätige deutsche Unternehmen, während nur 2.000 chinesische Unternehmen in Deutschland aktiv sind. Die chinesischen Investitionen in Deutschland betragen nur ein Zehntel der deutschen Investitionen in China. Wenn es keine politischen Vorurteile sind, wie sonst können wir die Krisenstimmung einiger Deutscher aufgrund chinesischer Übernahmen erklären?« Und weiter: »Gabriel sollte sich davor hüten, die chinesisch-deutschen Beziehungen entgleisen zu lassen.«

In der Bundesrepublik muss man sich offenbar erst daran gewöhnen, dass sich das asiatische Riesenreich nicht mehr mit der Rolle als »verlängerter Werkbank des Westens« zufriedengibt, sondern auf Augenhöhe seine Interessen vertritt.

■ Siehe Kommentar Seite 8

8

ANSICHTEN

## ■ Gabriel-Besuch in China

### Nähe und Distanz

Von Jörg Kronauer

Tiefes Donnerrollen begleitet Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei seinem aktuellen Besuch in Beijing. Der auslösende Blitz war am Freitag vorletzter Woche über das deutsch-chinesische Firmament gezuckt: Gabriel hatte überraschend seine Genehmigung für die Übernahme des deutschen Chipanlagenbauers Aixtron durch den chinesischen Fujian Grand Chip Investment Fund zurückgezogen. Vorigen Freitag teilte die chinesische Regierung öffentlich ihren Unmut über die Entscheidung mit: Wollte die Bundesrepublik wirklich Investoren aus der Volksrepublik diskriminieren? Am Sonntag legte Gabriel nach, beschuldigte Beijing in einem Presseinterview, deutsche Firmen »unfair« zu behandeln. Am Montag bestellte das chinesische Außenministerium den deutschen Gesandten ein, um ihm eine Protestnote zu übergeben; am Dienstag sagte der chinesische Handelsminister einen gemeinsamen Auftritt mit Gabriel kurzfristig ab. Gestern schließlich warnte Chinas Botschafter in Deutschland in einem Namensartikel vor »protektionistischen Tendenzen«. Das Grollen dauert an.

Was ist geschehen? Nun, zum einen geht es um die üblichen Taktierereien. China ist auf eine enge Kooperation auch mit deutschen Technologiefirmen angewiesen, um seine Industrie weiter zu modernisieren. Das verschafft der Bundesregierung ein Druckmittel, das sie gut gebrauchen kann: Der deutsche China-Export stockt – vermutlich strukturell –, daher bemüht sich Gabriel, deutschen Konzernen einen stärkeren Zugriff auf Chinas Staats-

unternehmen zu sichern. Also predigt er den – »fairen Wettbewerb« – und schränkt ihn, um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, im eigenen Land für chinesische Firmen einmal kurz ein.

Zum anderen zeichnen sich allerdings grundsätzliche Konfliktlinien ab. Hat Gabriel mit dem Entschluss, die Genehmigung für die Aixtron-Übernahme zurückzuziehen, nicht auf eine Intervention der Vereinigten Staaten reagiert, die behaupten, die Aixtron-Technologie taue für Rüstungsprojekte und dürfe daher nicht an China gehen? Das hat er: Washingtons diskreter Hinweis, Beijing stehe perspektivisch auf der anderen Seite des transatlantischen Schützengrabens, wird in Berlin sehr ernst genommen, auch wenn die Bundesregierung sich das China-Geschäft nicht vermiesen lassen will. Apropos Geschäft: Mit den beginnenden chinesischen Übernahmen in der Bundesrepublik steigt der chinesische Einfluss hierzulande, geht ein Teil der Kontrolle über Produktion und Profit verloren. Gabriel macht sich deshalb schon lange für EU-weite Gesetze zur Beschränkung chinesischer Firmenkäufe in Deutschland und Europa stark. Aber spielt es denn eine Rolle, ob die Investoren aus China oder, sagen wir, aus den USA kommen, deren Übernahmen nicht eingeschränkt werden? Aber ja. Mit der US-Industrie können deutsche Firmen gut konkurrieren. Die gewaltigen Konzerne aus der riesigen Volksrepublik hingegen könnten auf lange Sicht durchaus übermächtig werden. Ganz im eigenen Interesse behält Berlin den transatlantischen Schützengraben im Blick.